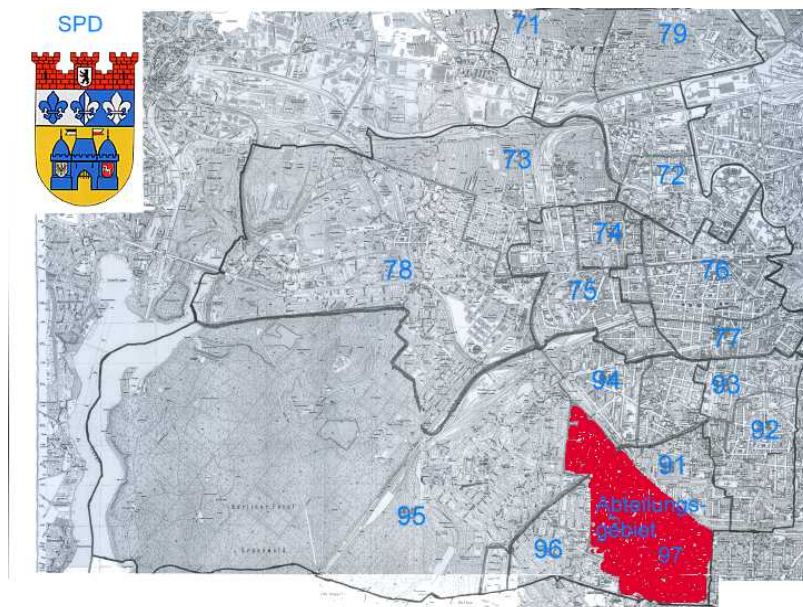


Der Rote Wilmersdorfer Süden

INFORMATIONEN FÜR MITGLIEDER



INHALT:

Auf ein Wort

Bericht von der Mitgliederversammlung am 5. Januar 2016

Bericht von der Jahreshauptversammlung am 9. Februar 2016

Spendenaufruf

Termine und Impressum

Liebe Genossinnen und Genossen,

vor uns liegt ein bewegendes Jahr, in dem unser Ziel ist, bei den Wahlen im September mit Michael Müller wieder den Regierenden Bürgermeister zu stellen und als stärkste Kraft im Abgeordnetenhaus und Senat eine engagierte Politik für die wachsende Stadt Berlin zu betreiben. Auch unseren Wahlkreis will ich mit Eurer Unterstützung direkt gewinnen und im Bezirk soll Reinhard Naumann als Bezirksbürgermeister seine erfolgreiche Arbeit für Charlottenburg-Wilmersdorf fortsetzen können. Und mit Constanze Röder stellen wir aus unserer Abteilung die weibliche Spitzenkandidatin auf der Liste zur BVV-Wahl. Wir werden in den nächsten Wochen und Monaten einen engagierten Wahlkampf führen und den Menschen in unserem Wahlkreis zeigen, wofür wir als SPD stehen und weshalb es sich lohnt, SPD zu wählen.

Nach dem Wählertrend in Berlin liegen wir als SPD deutlich vor den anderen Parteien, auch vor unserem Koalitionspartner. Michael Müller ist mit Abstand der beliebteste Politiker der Stadt. Der potenzielle Spitzenkandidat der CDU liegt bereits deutlich abgeschlagen hinter den meisten Berliner SPD-Spitzenpolitikerinnen und –politikern. Dies darf uns aber nicht ruhen lassen, denn neben einer guten Arbeit in Berlin und im Bezirk spielt natürlich auch die gesamtgesellschaftliche Situation in der Bundesrepublik eine Rolle. Hier müssen speziell in der Asyl- und Flüchtlingspolitik Antworten und Lösungen für die vielen drängenden Fragen gefunden werden. Insbesondere darf den rechtspopulistischen „Rattenfängern“ der AfD und von Pegida nicht das Feld überlassen werden. Mit ihren letzten Forderungen zu einem möglichen Schusswaffengebrauch auf Flüchtlinge an der bundesrepublikanischen Grenze haben sich die Vertreterinnen der AfD, unter ihnen die Berliner Landesvorsitzende, selbst diskreditiert und die Maske fallen lassen. Wir werden uns im Wahlkampf entsprechend mit ihnen auseinandersetzen und herausarbeiten, warum sie auf keinen Fall wählbar sein können.

Aber auch die Extremen auf der Linken zündeln mit ihren Aktionen und versuchen rechtsfreie Räume zu schaffen. Dies werden wir nicht hinnehmen. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang jedoch auch, wie Berlins Innensenator Henkel in dieser Situation agiert. Hatte doch gerade er im letzten Wahlkampf - als Oppositionsführer - verkündet, dass er als Innensenator die Sicherheit in der Stadt „wiederherstellen würde“. Jetzt fragt man sich, wie man zumindest das hohe Sicherheitsniveau von 2011 wieder erreichen kann. Auch die Weiterentwicklung der Berliner Verwaltung hat er als zuständiger Senator verschlafen, da er viele Vorlagen noch aus der letzten Legislaturperiode schlichtweg liegen gelassen hat. Für mich als Vorsitzender des Fachausschusses Innenpolitik und Recht des Landesvorstandes ist es daher auch ein vorrangiges Ziel, dafür zu kämpfen, dass die SPD in der nächsten Legislaturperiode wieder das Innenressort verantwortlich leiten soll.

Unsere Abteilung ist für den Wahlkampf in diesem Jahr gut aufgestellt. In einer Klausur des Abteilungsvorstandes am 19. Januar 2016 haben wir die Eckpunkte unseres Wahlkampfes festgelegt. In einer weiteren Klausur mit den Abteilungsvorständen der im Wahlkreis liegenden Abteilungen 9/1 und 9/6 im März 2016 werden dann die einzelnen Maßnahmen beschließen, Euch informieren und um aktive Unterstützung bitten.

In der Jahreshauptversammlung am 9. Februar 2016 haben wir in unserer Abteilung einen neuen Abteilungsvorstand gewählt, der in den nächsten 2 Jahren die Geschicke der Abteilung lenken wird. Ich freue und bedanke mich, dass ich einstimmig mit großer Mehrheit zum Vorsitzenden gewählt wurde und gemeinsam mit einem starken Team aus erfahrenen und jüngeren Genossinnen und Genossen in unserer aktiven und engagierten Abteilung wirken kann. Über die Ergebnisse der Jahreshauptversammlung wird an anderer Stelle dieses RWS berichtet.

Neben den unmittelbaren Wahlkampfaktivitäten werden wir aber weiterhin unsere monatlichen Mitgliederversammlungen haben. In den nächsten Monaten werden wir uns mit dem Wahlprogramm sowie mit der Kulturpolitik in Berlin befassen. Schon jetzt möchte ich aber auch auf unser traditionelles Kiez-Fest auf dem Rüdeshheimer Platz hinweisen, das am 18. Juni 2016 stattfinden wird.

Wir, der Abteilungsvorstand und ich, freuen uns, Euch zahlreich bei unseren verschiedenen Aktivitäten begrüßen zu können.

Herzlichst
Euer
Florian Dörstelmann

Bericht von der Mitgliederversammlung am 5. Januar 2016

„Der Doppelhaushalt 2016/2017 und seine Bedeutung für die Personalentwicklung des Landes Berlin“

Da die vorgesehene Referentin Franziska Becker, die im Hauptausschuss des Abgeordnetenhaus für die SPD den Haushalt der Innenverwaltung begleitet, wegen Erkrankung leider ihre Teilnahme kurzfristig absagen musste, übernahmen André Lossin, Vorsitzender des Unterausschusses Verwaltung des Fachausschusses Inneres und Recht, sowie Udo Rienaß, bis 2013 als Abteilungsleiter u.a. für den Haushalt des Innenressorts und für das landesweite Personalmanagement zuständig, die Einführung.

Zunächst gab Udo Rienaß einen Überblick über den Doppelhaushalt 2016/2017, der vom Abgeordnetenhaus am 10. Dezember 2015 beschlossen wurde. Dieser Haushalt folgt der Philosophie des Zweiklangs aus Konsolidieren und Investieren. Mit dem Doppelhaushalt 2016/2017 wurde in Folge der zweite Doppelhaushalt vorgelegt, der nicht nur ohne Neuverschuldung auskommt, sondern vielmehr sogar positive Ergebnisse ausweist. Im Einzelnen sind für 2016 Ausgaben in Höhe von 25,66 Mrd. Euro und für 2017 Ausgaben in Höhe von 26,42 Mrd. Euro geplant. Dem stehen geplante Einnahmen in 2016 in Höhe von 25,74 Mrd. Euro und in 2017 in Höhe von 26,51 Mrd. Euro gegenüber. In beiden Haushaltsjahren sind Zuführungen zum Sondervermögen Infrastruktur der wachsenden Stadt (SIWA) von 90 bzw. 66 Mio. Euro vorgesehen. Für beide Haushaltsjahre wird ein Überschuss von jeweils 80 Mio. Euro ausgewiesen, der in die Schuldentilgung fließen soll. Insgesamt sind bei den Ausgaben in den Jahren 2016 und 2017 jeweils ca. 55 % für Sachausgaben, ca. 32% für Personalausgaben und 7% für Investitionen eingeplant. Rund 69% der Ausgaben sind für die Senatsverwaltungen einschließlich ihrer nachgeordneten Einrichtungen und rund 31% für die 12 Bezirke vorgesehen. Den größten Ausgabenblock mit rund 20% hat die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft.

Mit diesem Haushalt werden Schwerpunkte in der Verbesserung der Infrastruktur, insbesondere im Wohnungsbau, in Kitas, in Schulen, im Gesundheits- und im Sicherheitsbereich gesetzt. Außerdem kommt es auch zu einer deutlichen qualitativen und quantitativen Verbesserung im Personalbereich, um sowohl dem Bedarf einer wachsenden Stadt befriedigen als auch den vorhandenen Einkommensrückstand bei den Beschäftigten des Landes Berlin zum Bundesdurchschnitt schrittweise abbauen zu können. Udo Rienaß wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass der Finanzsenator Dr. Matthias Kollatz-Ahnen in seiner Rede im Abgeordnetenhaus verdeutlicht hat, dass die angesichts der aktuellen Flüchtlingssituation gemeinsam mit dem Parlament entwickelten Programme für Flüchtlinge neben den Programmen des normalen Haushaltes *für* die Berlinerinnen und Berliner und *nicht gegen* die Programme für jene, die bereits da sind, stehen.

Zur Innenpolitik und insbesondere zur Politik für den öffentlichen Dienst des Landes Berlin verwies Udo Rienaß auf die Ausführungen des Abgeordneten Frank Zimmermann in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 10. Dezember 2015. Danach hat das Land unter Berücksichtigung der Prognose einer wachsenden Stadt bereits vor einiger Zeit einen neuen Kurs eingeschlagen, der aus Gründen der Funktions- und Zukunftsfähigkeit des öffentlichen Dienstes zwingend erforderlich war. Dazu hielt Frank Zimmermann fest, dass die Konsolidierungsmaßnahmen zu Zeiten von Rot-Rot aus heutiger Sicht nicht falsch waren, sondern erst die Handlungsfähigkeiten für die jetzigen Maßnahmen geschaffen haben.

In der Folge hat das Umsteuern begonnen, und zwar sowohl bei der Stellenzahl als auch bei der Besoldung im öffentlichen Dienst. Bei der Besoldung soll schrittweise und verlässlich der Abstand zum Länderdurchschnitt abgebaut werden. Außerdem wird es im Innenressort einen deutlichen Personalzuwachs geben, und zwar 610 zusätzliche Stellen für die Polizei und 370 zusätzliche Anwärterpositionen. Für die Feuerwehr sind 89,5 zusätzliche Stellen, für den Verfassungsschutz 45 zusätzliche Stellen und für die Ausländerbehörde 57 zusätzliche Stellen beschlossen worden. Daneben erhalten Polizei und Feuerwehr zusätzliche Haushaltsmittel zur Verbesserung der Infrastruktur und der Ausrüstungen.

André Lossin informierte darüber, dass der Senat bereits im Juli 2015 ein Personalbedarfskonzept und neue Stellen für einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst beschlossen hat. Danach sind in den Doppelhaushalt 2016/2017 rund 3.400 zusätzliche neue Stellen für die Erfüllung neuer oder wachsender Aufgaben eingestellt worden. Allerdings werden bis 2021 rund 27.000 Beschäftigte altersbedingt ausscheiden, so dass wegen der qualitativen und quantitativen Aufgabenveränderungen der Berliner Verwaltung sowie durch die demografische Entwicklung Berlins ein hoher Personalbedarf zu decken ist, um einen nachhaltigen leistungs- und qualitätsorientierten öffentlichen Dienst sicherzustellen. Angesichts der aktuell kritischen Situation in Berliner Dienststellen, zum Beispiel im LaGeSo und in den Bürgerämtern, die zwischenzeitlich nahezu weltweit in der medialen Berichterstattung für eine angeblich nicht funktionierende Berliner Verwaltung stehen, ist dies eine besondere Herausforderung. Deswegen geht der Senat davon aus, dass im Jahr 2018 ungefähr 109.000 Stellen in der Berliner Verwaltung vorhanden sein werden. Durch altersbedingtes Ausscheiden frei werdende Stellen sowie die im Haushalt 2016/2017 beschlossenen neuen Stellen sollen künftig unter Berücksichtigung aufgabenkritischer Gesichtspunkte dauerhaft nachbesetzt werden. Hier hat es also zwischenzeitlich ein deutliches Umsteuern gegeben, das allerdings in der täglichen Wahrnehmung noch nicht überall angekommen ist, zumal auch Stellenbesetzungsverfahren in der Berliner Verwaltung unverhältnismäßig lange dauern.

Der demografische Wandel stellt insbesondere in den fachspezifischen Bereichen wie im öffentlichen Gesundheitsdienst und im Bereich Bauen, Planen und Vermessen mit Ausscheidensquoten von jeweils über 30 % das Land vor besondere Herausforderungen. Wegen der wachsenden Stadt gibt neben dem Sicherheitsbereich einen zusätzlichen Personalmehrbedarf für die Schulen, den Justizvollzug und die Finanzämter. Für die Bezirke sind insgesamt 300 zusätzliche Stellen vorgesehen, die noch einmal um weitere Stellen für die Bürgerämter erhöht wurden. Einen besonderen Stellenmehrbedarf gibt es für das LaGeSo.

Um diesen Bedarf decken zu können, sind auch die Einstellungszahlen für Nachwuchskräfte erhöht worden. Allein für den allgemeinen Verwaltungsdienst sind für die Jahre 2016 und 2017 jeweils insgesamt 350 Einstellungen von Nachwuchskräften vorgesehen. Problematisch wird jedoch die Umsetzung, da schon in der Vergangenheit Schwierigkeiten bestanden haben, die geringeren Einstellungszahlen voll auszuschöpfen. Besonders erschwerend kommt hinzu, dass die zuständige Innenverwaltung offensichtlich selbst die Zahlen nicht genau kennt, weil sie auf Schriftliche Anfragen von Abgeordneten zum gleichen Sachverhalt jeweils unterschiedliche und differierende Zahlenangaben macht. Einen erfreulichen Trend gibt es allerdings beim Altersdurchschnitt. Lag der landesweite Altersdurchschnitt in den Jahren 2012 – 2014 bei 49,3 Jahren, ist er 2015 auf 49,0 Jahre leicht gesunken.

André Lossin führte weiter aus, dass durch den Doppelhaushalt 2016/2017 nunmehr auch finanzielle Spielräume zur Umsetzung wichtiger und notwendiger Personalentwicklungsmaßnahmen geschaffen wurden, die – da der jetzige Innensenator auch auf diesem Feld tatenlos ist – spätestens mit der neuen Legislaturperiode im Interesse der Beschäftigten, aber damit auch im Interesse der Bürgerinnen und Bürger, die eine funktionierende Verwaltung erwarten dürfen, genutzt werden müssen. Neben den Personalentwicklungsmaßnahmen sind aber auch konsequente Organisations- und Strukturveränderungen erforderlich.

In der anschließenden, von hoher Sachkenntnis geprägten Diskussion ging es um die Themen:

- Berlin als attraktiver Standort insbesondere für junge Menschen, zugleich aber mit einem Imageproblem bei der öffentlichen Verwaltung des Landes
- Nutzen der Möglichkeiten des neuen Laufbahnrechts für Quereinsteiger in die Berliner Verwaltung und Aufgabe der restriktiven Haltung der Innenverwaltung. Hierzu wurde auch eine Führung durch die politische Hausleitung eingefordert, die insgesamt vermisst wird
- Klärung der Beziehungen zwischen Land und Bezirken, z.B. auch bei Stellenbesetzungsverfahren. Hierbei wurde auch die Frage der Vereinheitlichung und Bündelung dieses Prozesses gestellt
- Früheres und zielgerichtetes Gegensteuern beim Erkennen von Problemen, z.B. bei den Bürgerämtern
- Digitalisierung der Verwaltungsprozesse und Wissenstransfer sowie Lernen von anderen Kommunen oder Ländern. Hierzu wurde auf die durchaus bestehenden länder- und kommunalübergreifenden Kooperationen verwiesen. Allerdings hat Berlin gerade auf diesem Gebiet leider einen wenig innovativen und leistungsfähigen IT-Dienstleister. Hier gilt es kurzfristig Abhilfe zu schaffen
- Analyse der Ursachen der derzeitigen Fehlentwicklung der Berliner Verwaltung, die zum Teil in der Geschichte Berlins vor und nach der Teilung, aber auch in den Sparmaßnahmen des letzten Jahrzehnts zu suchen ist. Dabei dürfen wir aber nicht der Argumentation der CDU folgen, die aus die Einsparungen durch Rot-Rot gebetsmühlenartig hinweisen, sondern müssen auch verdeutlichen, dass diese Maßnahmen in der Vergangenheit von allen Fraktionen getragen wurden und sich alle – einschließlich der Medien - darin gefielen, die Fettleibigkeit der Berliner Verwaltung zu kritisieren.
- Allerdings wurde auch verdeutlicht, dass es in der jetzigen Situation nicht nur um die Heilung einzelner Fehler ginge, sondern dass bei den Bürgerinnen und Bürger der Stadt die Funktionsfähigkeit der gesamten Berliner Verwaltung in Frage gestellt wird. Berlin als failed state darf es nicht geben. Hier sind dann der gesamte Senat und insbesondere der Regierende Bürgermeister gefordert, damit uns diese Situation bei der Wahl im September nicht auf die Füße fällt. Es müssen auch kreative Ideen entwickelt und genutzt werden, um angesichts der dramatischen demografischen Entwicklung den Personal- und Verwaltungsnotstand, der schnell auch ein Staatsnotstand werden kann, abzuwenden.
- Gleichzeitig wurde aber auch positiv gewürdigt, dass mit dem neuen Doppelhaushalt finanzielle Spielräume geschaffen wurden, zielgerichtete Maßnahmen zur Beseitigung der Missstände einzuleiten.
- Kritisch diskutiert wurde hingegen der Umstand, dass auf Initiative der SPD-Fraktion eine weitere Kita-Kostenbefreiung beschlossen wurde, obwohl sich bei Mitgliedervotum die Mehrheit der Mitglieder für stattdessen für eine Qualitätsverbesserung in der Betreuung ausgesprochen haben.

Abschließend ging André Lossin noch einmal auf die Notwendigkeit des Umsteuerns in der Personal- und Organisationsentwicklung ein und forderte, dass diese Themen auch für die neue Legislaturperiode handlungsleitend sein müssen. Udo Rienaß forderte zudem ein kurz-

fristiges Umdenken bei den Verantwortlichen, die jetzt realisieren müssen, dass wieder Personal eingestellt werden kann, sieht allerdings insgesamt erhebliche Probleme bei den Führungskräften aller Ebenen. Deswegen forderte er auch eine konsequente Führungskräfteentwicklung. Außerdem sieht er die Notwendigkeit, die aktuellen Probleme, z.B. bei den Bürgerämtern unverzüglich zu lösen. Allerdings empfahl er auch, positive Aspekte nicht aus den Augen zu verlieren.

Bericht von der Jahreshauptversammlung am 9. Februar 2016

Die Jahreshauptversammlung stand ganz im Zeichen der Wahlen für den Abteilungsvorstand. Zu Beginn schlug Florian Dörstelmann in seinem Rechenschaftsbericht einen großen Bogen über die Aktivitäten der Abteilung in den vergangenen 2 Jahren. Das alles beherrschende Thema war und ist unverändert der Umgang mit der Flüchtlingskrise. Sie wird die Gesellschaft verändern, die Welt ist dadurch in Bewegung geraten, aber nicht aus den Fugen. Die Abteilung hat sich in zwei Mitgliederversammlungen diesem Thema gewidmet. Vor den Europawahlen, die in unserem Wahlkreis sehr erfolgreich verlaufen sind (4x Platz 1 im Vergleich zu den letzten Europawahlen, bei denen die SPD hier nur den 3. Platz belegt hat), hat sich die Abteilung mit dem Thema Europa als Zukunftsprojekt beschäftigt. Eine zunehmend bedeutende Rolle auch in Berlin spielt das Thema Innere Sicherheit. Auf zwei Mitgliederversammlungen wurde dieses Thema unter grundsätzlichen Gesichtspunkten und unter dem Aspekt „Extremismus als Phänomen des 21. Jahrhunderts“ behandelt. Gesellschaftspolitische Themen waren im Berichtszeitraum Fragen der Gleichstellung, der Mindestlohn, die Juso-Arbeit und die Jugendpolitik in Berlin. Über die aktuelle Haushaltssituation des Landes Berlin und die Auswirkungen auf die Beschäftigten sowie Bürgerinnen und Bürger wurde ebenso informiert und beraten, wie regelmäßig über aktuelle bezirkliche Themen, bei denen in den vergangenen Jahren die Baupolitik im Bezirk mit den Auswirkungen auf unseren Abteilungsbereich dominierte (Oeynhausen, Cornelsenwegwiese, Reemtsma). Gerade diese Diskussionen haben die Menschen im Kiez sehr beschäftigt und letztlich zu einer sehr emotionalisierten Diskussion „Wohnen contra Kleingärten“ geführt. In zwei Mitgliederversammlungen hat sich die Abteilung mit Parteiprogrammatik befasst und über die Ausrichtung der Berliner SPD im Zeitraum 2015/2016 sowie über die Wahlprogrammentwicklung diskutiert. Insgesamt waren die Mitgliederversammlungen, von denen einige mit den benachbarten Abteilungen gemeinsam durchgeführt wurden, gut besucht und zeugten von einem hohen Interesse der Genossinnen und Genossen.

Im Berichtszeitraum wurden auch zwei neue Veranstaltungsformate ausprobiert, und zwar die „SPD Thementour im Kiez“ als öffentliche Veranstaltung mit hochrangigen und kompetenten Diskussionsteilnehmer/innen sowie das „Wirtschaftsfrühstück“, mit dem Gewerbetreibende vor Ort rund um den Rüdeshheimer Platz angesprochen wurden. Beide Formate sind sehr aufwendig, sollen aber in diesem Jahr fortgesetzt werden. Erfolgreich fand in beiden Jahren unser Kiez-Fest auf dem Rüdeshheimer Platz statt, an dem zahlreiche Mandatsträger/innen aus dem Abgeordnetenhaus, dem Senat, dem Bezirksamt, der BVV und der Landespartei teilgenommen haben.

Im Zentrum der künftigen Arbeit stehen nach Aussage von Florian Dörstelmann der Wahlkampf für die Abgeordnetenhauswahlen im September 2016 mit dem Ziel der Rückerobierung unseres Wahlkreises für die SPD sowie der Entsendung eines Bezirksamtsmitgliedes aus unserer Abteilung. Natürlich wollen wir aber auch die Mitgliederzahl in unserer Abteilung erhöhen und werden in den kommenden Jahren einen Schwerpunkt auf die Gewinnung von Neumitgliedern richten.

Abschließend dankte Florian Dörstelmann allen Genossinnen und Genossen für die geleistete Arbeit in den vergangenen zwei Jahren und rief zugleich auf, gemeinsam einen engagierten und erfolgreichen Wahlkampf zu führen.

Heidi Dümke berichtete als KassiererIn anhand des schriftlich vorgelegten Rechenschaftsberichts für das Jahr 2015 und stellte fest, dass sich die Finanzsituation dank einiger Spenden natürlicher Person im vergangenen Jahr positiv entwickelt hat. Dennoch ist gerade für den Wahlkampf sehr wichtig, weitere Spenden zu akquirieren, um nicht nur den Wahlkampf erfolgreich gestalten, sondern auch weiterhin eine erfolgreiche politische Arbeit leisten zu können. Auch eine positive Mitgliederentwicklung würde sich positiv auf die Finanzlage der Abteilung auswirken.

Hans-Georg Lange stellte den Bericht der Revisoren vor, die eine eingehende Prüfung der Kasse und der Kassenunterlagen vorgenommen haben. Danach gibt es keinerlei Beanstandungen und Hinweise. Deshalb empfiehlt er namens der Revisoren die Entlastung des Vorstandes.

Im Zentrum der Aussprache zu den Berichten stand das Thema „Mitgliedergewinnung“. Hier soll es nach den Wahlen einen Schwerpunkt bei den Aktivitäten geben. Insgesamt ist die Abteilung aber nach Ansicht der Anwesenden gut aufgestellt und leistet in den Mitgliederversammlungen einen guten Beitrag zur Informationsgewinnung und innerparteilichen Demokratie. Dabei spielt auch der regelmäßig erscheinende „Rote Wilmersdorfer Süden – RWS“ eine bedeutende Rolle. Auch die Stellung unserer Abteilung im Kreis wurde positiv bewertet. Für die Zukunft wird es auch darum gehen, zum Beispiel in den Neubaugebieten Oeynhausen und Fritz-Wildung-Straße ebenso präsent zu sein wie künftig auch verstärkt in Schmargendorf.

Nachdem der Vorstand bei zwei Enthaltungen einmütig entlastet wurde, ergaben die Neuwahlen das folgende Ergebnis:

Alter und neuer Vorsitzender der Abteilung ist Florian Dörstelmann. Zu stellvertretende Vorsitzende wurden Dr. Kai Lobo und – neu - Adriana Röder gewählt. KassiererIn wurde erneut Heidi Dümke und Schriftführer wurde wieder Udo Rienaß.

Zu BeisitzerInnen wurden Frank Dahlke, Dieter Hötzel, Justin Jähn, Aylin Karaca, Dennis König und Marokh Steude gewählt. SeniorenbeisitzerIn wurde Dr. Marianne Kröpelin.

Kreisdelegierte wurden Florian Dörstelmann, Heidi Dümke, Dieter Hötzel, Aylin Karaca, Hans-Georg Lange, Dr. Kai Lobo, Udo Rienaß, Adriana Röder, Constanze Röder, Fabian Schmitz-Grethlein und Marokh Steude.

Zu Ersatzdelegierten wurden in der folgenden Reihenfolge Wolfgang Brandt, Justin Jähn, Wladimir Leuschner, Dr. Marianne Kröpelin, Dennis König, Frank Dahlke, Daniel König und Dr. Wibke Lobo gewählt.

Zu Revisoren wurden erneut Hans-Georg Lange, Michael Röder und Ferdinand Wolf gewählt.

Constanze Röder wurde zur Mitgliederbeauftragten, Dennis König zum Internetbeauftragten und Fabian Schmitz-Grethlein zum Beauftragten für innerparteiliche Bildung ernannt.

Die Mitgliederversammlung nominierte außerdem Christian Gaebler zum Kreisvorsitzenden, Constanze Röder zur stellvertretenden Kreisvorsitzenden sowie Florian Dörstelmann, Constanze Röder und Dr. Kai Lobo zu Landesparteitagsdelegierten. Als Ersatzdelegierte zum Landesparteitag wurden Fabian Schmitz-Grethlein und Hans-Georg Lange nominiert.

Spendenaufruf

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir sind eine aktive Abteilung und wollen auch einen aktiven Wahlkampf in unserem Wahlkreis betreiben. Es gilt, den Wahlkreis wieder direkt für die SPD zu gewinnen. Auch das Kiez-Fest auf dem Rüdeshheimer Platz, wie auch das Wirtschaftsfrühstück und die Veranstaltung "SPD vor Ort" kosten ebenso Geld wie eine aktive Informationspolitik. Das alles können wir aus unserer Abteilungskasse allein nicht finanzieren. Da wir auch nicht über Spender aus der Wirtschaft verfügen, bitte ich Euch um eine Spende direkt an unsere Abteilung. Diese Mittel können wir dann auch vollumfänglich für unsere Arbeitsarbeit verwenden. Selbstverständlich sind diese Spenden steuerlich absetzbar und werden zu 50% bei der Jahressteuerberechnung berücksichtigt.

Unser Abteilungskonto lautet:

SPD Wilmersdorf-Süd, Berliner Sparkasse, IBAN: DE 93100500000910031525, BIC: BELADEBEXX, (Konto: 910031252, BLZ: 10050000)



Termine und Impressum

Unsere nächsten Veranstaltungen:

Tagungsort: Restaurant Prometheus, Schlangenbader Straße 16

Mitgliederversammlung am 1. Dienstag im Monat, Jour fixe am 3. Dienstag im Monat

Dienstag, 01.03.2016,	19:30 Uhr:	Mitgliederversammlung zu dem Thema „Das Wahlprogramm der SPD für die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus“ mit Antragsberatung Referent: Christian Gaebler, Kreisvorsitzender
Dienstag, 08.03.2016,	07:00 Uhr:	Rosenverteilung zum internationalen Frauentag U-Bahnhöfe Rüdeshheimer Platz und Heidelberger Platz, ab 10:00 Uhr Markt Eberbacher Straße
Dienstag, 15.03.2016,	19:30 Uhr:	Jour fixe
Dienstag, 05.04.2016,	19:30 Uhr:	Mitgliederversammlung zu dem Thema „Kultur – der unterschätzte Wirtschaftsfaktor“ Referent: Staatssekretär Tim Renner
Dienstag, 19.04.2016,	19:30 Uhr:	Jour fixe

Impressum:

SPD Landesverband Berlin
Kreis Charlottenburg-Wilmersdorf
Abteilung 97
www.wilmersdorf-sued.de

Redaktion:

Florian Dörstelmann (V.i.S.d.L.P.)
Udo Rienaß